

Sicherheit ist ein Thema – Leistung aber auch

Rund 300 Vertreter aus Unternehmen, Verbänden, Sicherheitsbehörden und Forschungseinrichtungen trafen sich Anfang September in Berlin im Haus der Deutschen Wirtschaft zur Wirtschaftsschutzkonferenz. Dr. Günter Krings, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, und Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzten mit ihren Impulsvorträgen die Eckpunkte der anschließenden Diskussionen: „Angesichts physischer Attacken und digitaler Angriffe“, so Krings, „steigt die Verwundbarkeit deutscher Unternehmen.“ Der Staatssekretär dachte dabei an das Internet der Dinge, an Maschine-zu-Maschine-Kommunikation und ganze Produktionsstätten, die immer intelligenter werden. Bedeutsam müsse zudem auch im digitalen Zeitalter der Faktor Mensch bleiben. Krings: „Entscheidend ist, dass deutsche Unternehmen – ob groß oder klein – Sicherheit als Qualitätsmerkmal begreifen und Sicherheit zur Chefsache machen!“

Mit der sicherheitspolitischen Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen stellte BDI-Präsident Kempf einen ganz anderen Aspekt in den Vordergrund: Zwar seien wir gefordert, „der illegalen kriminellen Aneignung von Wissen und geistigem Eigentum durch wen, weshalb und woher auch immer, entschieden entgegenzutreten.“ Den Plänen von Wirtschaftsminister Peter Altmaier von Anfang August, die Eingriffschwelle der Regierung bei Übernahmen deutscher Firmen durch ausländische Investoren absenken zu wollen, erteilte der oberste Sprecher der deutschen Industrie allerdings eine Absage: „Die westlich-liberale Marktwirtschaft hat mit Offenheit für Investitionen eine einzigartige wirtschaftliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Protektionismus und Abschottung haben keine Zukunft.“



Selbstredend muss der deutsche Staat vom (bereits 2017 robuster gemachten) Instrument im Außenwirtschaftsrecht Gebrauch machen, gegen einen Verkauf von 25 % oder mehr Anteilen einer deutschen Firma an einen Investor aus dem Nicht-EU-Ausland ein Regierungs-Veto einzulegen, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Und was konkret unter einer solchen Gefahr zu verstehen ist, ist mit der Novelle von 2017 in bisher nicht dagewesenem Maße im Gesetzestext deutlich gemacht worden.

So betrachtet erscheint Altmaiers Vorstoß unnötig, und der Ruf des BDI, protektionistische Tendenzen im Ausland nicht durch gleiche Münze zu beantworten, kann nur nachdrücklich unterstrichen werden. Hinzu kommt noch ein weiterer Punkt: Der in Deutschland nur schleppend voranschreitende Ausbau schneller Internetverbindungen hat sich unter potenziellen Investoren aus

dem Ausland herumgesprochen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Beratungsunternehmen Ernst & Young Mitte Juni veröffentlicht hat.

Betrachtet man alle drei erwähnten Ereignisse des vergangenen Sommers zusammenhängend, bleibt nur ein folgerichtiger Schluss: Digitalisierung ist dringliche Chefsache – in all ihren Aspekten vom Qualitätsmerkmal Leistung & Bandbreite bis zum Qualitätsmerkmal Sicherheit. Und dies gilt nicht nur in den Büros der Chefinnen und Chefs unserer Wirtschaft, sondern auch unserer Behörden und Ministerien. Da ist es nicht damit getan, Gesetze zu verschärfen, die bereits vor einem Jahr verschärft wurden. Da muss alles getan werden, dass Deutschland eine vorbildliche Breitbandversorgung bekommt.

Ihr

Volker Tisken